

# Fluchen über die Flüchtlingspolitik

Saarbrücker Zeitung, 26.05.2011

*Unermüdlich engagiert sich der Saarländische Flüchtlingsrat (SFR) für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von Asylsuchenden. Eine Podiumsdiskussion des SFR in Lebach litt jedoch unter Einseitigkeit und Ratlosigkeit. Von SZ-Redakteur Johannes Schleuning*

Lebach. Dass Flüchtlinge ein schweres Schicksal zu meistern haben, ist unstrittig. Sie fliehen aus ihren Heimatländern vor Armut, Hunger, Gewalt, der Verfolgung aufgrund ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugung. Dass ihre Lebensumstände auch in der Landesaufnahmestelle in Lebach nicht ideal sind, wird ebenfalls niemand ernsthaft bestreiten.

So sahen das auch alle Teilnehmer einer als Podiumsdiskussion angekündigten Veranstaltung am Dienstagabend in der evangelischen Kirche in Lebach: Erörtert wurde dort ein beklagenswerter Zustand; von einer echten Diskussion konnte allerdings keine Rede sein. Weshalb sich alsbald auch hier ein beklagenswerter Zustand einstellte: Dass der ausrichtende Saarländische Flüchtlingsrat nämlich niemanden von der Landesregierung eingeladen hatte, die die Lebensumstände in der Aufnahmestelle zu verantworten hat - und verändern könnte. "Es gibt wohl menschliche Gesetze, aber die gelten offenbar nicht für uns. Man behandelt uns wie Tiere." Mit oft zorniger Stimme berichtete die 24-jährige Rafia Naseem vor rund 50 Zuhörern vom Leben in der Landesaufnahmestelle. Wie viele andere der insgesamt rund 900 Flüchtlinge in Lebach fordert sie Geld für den Lebensmittel-Einkauf (statt vorgefertigte Lebensmittelpakete), mehr Wohnraum (statt einer Mehrfachbelegung von Zimmern) und freie Duschzeiten (statt wochentags von zehn bis 17.30 Uhr und an Wochenenden von 13 bis 16.30 Uhr).

"Das Ziel dieser Politik ist klar: Die Flüchtlinge sollen gar nicht erst hier bleiben wollen", resümierte Reinhard Schott, Ausländerbeauftragter der evangelischen Kirche in der Pfalz. Er warnte allerdings davor "zu glauben, dass mit Bargeld anstelle von Lebensmittelpaketen eine Besserung eintritt". Einem Flüchtling stehe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz deutlich weniger zu als der Hartz IV-Regelsatz von 364 Euro im Monat.

"Das Grundübel ist der Status der Duldung", betonte Willi Mayer, Referent für Migration im Caritasverband Trier. "Die ständige, zum Teil jahrelang währende Unsicherheit darüber, ob man abgeschoben wird oder nicht, zermürbt die Menschen." Er plädierte deshalb dafür, die Aufenthaltsdauer in der Landesaufnahmestelle auf ein Jahr zu beschränken. Dann müsse die Ausländerbehörde eine Entscheidung über das Bleiberecht fällen. Aus dem Publikum kam jedoch der Hinweis, dass der Behörde eine langwierige Überprüfung des Asylantrags so lange nicht vorgeworfen werden kann, wie Asylsuchende bewusst ihre Staatsangehörigkeit verschleiern, um einer möglichen Abschiebung zu entgehen.

Eine "Verkürzung der Aufenthaltsdauer in der Landesaufnahmestelle auf maximal ein Jahr", "eine Umstellung der Zuwendungen von Sach- auf Geldleistungen" sowie die vom Podium ebenfalls einhellig favorisierte "Verteilung der Bewohner auf die saarländischen Gemeinden" will übrigens auch die Landesregierung laut Koalitionsvertrag zumindest "prüfen". Umso dringlicher wäre es gewesen, wenn das Podium auf die von Moderator Thomas Gerber (SR) wiederholt gestellte Frage eine Antwort gewusst hätte: "Wie können wir die Politik zum Handeln bewegen?" Keine leichte Frage, aber ohne Konfrontation wird nichts bleiben als "Erörterung".